

V1

Antrag

**Frauen*Vollversammlung von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am 23.
September 2023**

Initiator*innen: Sabine Hawlitzki (KV Berlin-Pankow)

Titel: **Für gleichberechtigten Aufenthalt im
öffentlichen Raum - schnell zu deutlich mehr
öffentlichen Toiletten!**

Antragstext

1 **Der einfache Zugang zu Toiletten ist essentiell für einen unbeschwerten**
2 **Aufenthalt im öffentlichen Raum besonders für Frauen, Kinder und alte Menschen.**

3 Die bestehenden Bemühungen für mehr öffentliche, kostenfreie Toiletten sollen
4 deshalb weitergeführt werden. Zusätzlich sollen sie ergänzt werden und ein
5 größeres Angebot an öffentlich zugänglichen Toiletten kann schnell entstehen mit
6 dem Konzept „**Die nette Toilette**“⁽¹⁾

7 In vielen Städten und Gemeinden in Deutschland (z.B. Aalen, Freiburg,
8 Heidelberg, Bremen) und in der Schweiz wird es schon angewendet:
9 Gastronom:innen, Hotels u.a. bieten ihre Toiletten ausdrücklich zur kostenfreien
10 öffentlichen Nutzung an. Ein Aufkleber an der Tür weist darauf hin. Für den
11 Mehraufwand werden sie von der Gemeinde mit einer Pauschale entschädigt.

12 Es ergibt sich eine Win-win-win-Situation:

- 13 • Wir Bürger:innen erhalten schnell ein nahezu flächendeckendes Netz an
14 öffentlichen, gepflegten Toiletten.

- 15 • Gastronom:innen können Neukund:innen gewinnen und erhalten Zuschüsse für
16 die Pflege und Instandhaltung ihrer Toiletten.
- 17 • Die Stadt und die Bezirke sparen Kosten, denn Investitionen in den Neubau
18 öffentlicher Toiletten können verringert werden, und die Zuschüsse für die
19 „Nette Toilette“ machen nur einen Bruchteil der Unterhaltskosten
20 öffentlicher Toiletten aus.

21 Ein erster Schritt könnte sein, die schon bestehenden Möglichkeiten der
22 kostenfreien Nutzung vorhandener Toiletten, nämlich in öffentliche Gebäuden,
23 besser publik und sichtbar zu machen. Diese sollten ebenfalls in Apps zu finden
24 sein und einen Aufkleber an den Eingangstüren erhalten, sowie in den Gebäuden
25 publikumsfreundlich ausgeschildert sein.

26 **Wichtig ist jedoch: Die entstehenden „Netten Toiletten“ sollen keine zu**
27 **errichtenden öffentlichen Toiletten ersetzen, denn sie werden nicht rund um die**
28 **Uhr und nicht in allen Stadtgebieten zugänglich sein. Doch sie können das Netz**
29 **an öffentlichen Toiletten sinnvoll ergänzen.**

30 Alle, die in dieser Richtung etwas bewirken können, sollen sich für dieses
31 Konzept einsetzen: unsere Abgeordneten im Abgeordnetenhaus und in den Bezirken
32 sowie unsere Amtsträger:innen in den zuständigen Ressorts.

33 _____

34 (1) <https://www.die-nette-toilette.de/>

Begründung

Auf der Frauenkonferenz am 24. September 2022 fassten wir einen Beschluss: „Öffentliche und kostenfreie Toiletten für alle“⁽¹⁾

Seitdem sind einige kostenfreie Toiletten dazugekommen, doch einen richtigen Durchbruch hin zu gleichberechtigter, barrierearmer Toilettennutzung gab es nicht.

Bevor wir darauf warten, dass mehr öffentliche Toiletten gebaut werden, die dann vielleicht nicht einmal kostenfrei sind, sollten wir jede Möglichkeit nutzen, die Situation schnell zu verbessern.

Kostenvergleich (Quelle: ⁽²⁾)

Baumaßnahmen für eine neue öffentliche Toilette: ca. 130 000 €, jährliche Unterhaltskosten für eine öffentliche Toilette: ca. 30 000 €.

Baukosten „Nette Toilette“: 0 €, jährliche Pauschale für eine „Nette Toilette“: 960 € bis 1200 € (80 € bis 100 € je Monat).

(1) https://gruene.berlin/beschluesse/oeffentliche-und-kostenfreie-toiletten-fuer-alle_3116

(2) <https://www.die-nette-toilette.de/>

V2

Antrag

**Frauen*Vollversammlung von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am 23.
September 2023**

Initiator*innen: LAG Feminismus (dort beschlossen am: 28.08.2023)

Titel: **Kostenfreie Menstruationsprodukte in
öffentlichen Einrichtungen**

Antragstext

1 Menstruation ist in unserer Gesellschaft nach wie vor tabuisiert. Viele
2 verbinden die monatliche Blutung mit Scham, Unreinheit oder sogar Ekel.
3 Menstruationsartikel sind nur in seltenen Fällen frei zugänglich. Der Alltag
4 kann so für viele Menstruierende zur Herausforderung werden. Dies kann
5 ausgrenzen und zu weniger Teilhabe am öffentlichen Leben, am Studium oder im
6 Berufsalltag führen.

7 Keine menstruierende Person sollte sich Sorgen machen müssen, wie sie den Tag
8 übersteht, weil sie keine Menstruationsartikel zur Hand hat. Der Zugang zu
9 Menstruationsprodukten ist auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Jede
10 vierte Frau in Deutschland hat finanzielle Schwierigkeiten, sich ausreichend mit
11 Menstruationsartikeln zu versorgen. Doch Menstruationsartikel dürfen keine Frage
12 des Geldbeutels sein!

13 Wir Bündnisgrüne kämpfen dafür, die Tabuisierung der Menstruation endlich zu
14 beenden und für einen kostenfreien Zugang zu Menstruationsprodukten in unserer
15 Stadt.

16 Die Sichtbarkeit von Menstruationsprodukten und ihre kostenlose Abgabe leisten
17 bei der Enttabuisierung und Entlastung von Menstruierenden einen großen Beitrag.
18 Mit einem Stufenplan wollen wir daher flächendeckend die kostenfreie

19 Bereitstellung von Menstruationsprodukten für alle Berliner*innen ermöglichen.
20 Die Produkte sollen kostenfrei, niedrighschwellig und für alle Menstruierende
21 zugänglich sein.

22 Deshalb fordern wir Bündnis 90/Die Grünen Berlin:

23 Stufe 1: In den Häusern der Senatsverwaltung für Gleichstellung und für
24 Gesundheit werden als Pilotprojekt kostenlose Menstruationsprodukte zur
25 Verfügung gestellt und die Nutzung evaluiert.

26 Stufe 2: In den Gesundheitszentren (Zentren für sexuelle Gesundheit und
27 Familienplanung) sollen im Rahmen eines Pilotprojektes kostenlose
28 Menstruationsprodukte für Menschen mit geringem Einkommen ausgegeben werden -
29 angelehnt an die kostenlosen Ausgaben für Verhütungsmittel.

30 Stufe 3: Die Bezirke werden befähigt, kostenlose Menstruationsprodukte an
31 Jugendzentren, Mädchentreffs, Frauenhäuser, Zufluchtswohnungen und
32 Frauenprojekte zur Verfügung zu stellen sowie eine Pilotprojekte an Schulen
33 durchzuführen. Die Hochschulen sollen unterstützt werden, kostenlose
34 Menstruationsartikel bereit zu stellen.

35 Stufe 4: An bestehenden City-Toiletten soll die Bereitstellung von kostenlosen
36 Menstruationsprodukte erprobt werden.

37 Stufe 5: Nach einer Erprobungsphase der Stufe 1 ist es das Ziel, an allen
38 öffentlichen Einrichtungen kostenlose Menstruationsprodukte zu implementieren.

39 Dabei soll der Einsatz von nachhaltigen und umweltfreundlichen
40 Menstruationsprodukten geprüft werden.

Begründung

Hygienebeutel für Menstruationsprodukte werden auf Toiletten öffentlicher Einrichtungen angeboten, Menstruationsprodukte selbst stehen jedoch weitestgehend nicht zur Verfügung. Länder wie Neuseeland und Schottland haben bereits Gesetze für kostenlose Menstruationsprodukte beschlossen; auch immer mehr deutsche Kommunen starten Projekte für kostenfreie Menstruationsprojekte. In Berlin gibt es in den Bezirken Lichtenberg, Tempelhof-Schöneberg, Pankow, Mitte, Reinickendorf, Charlottenburg-Wilmersdorf und Steglitz-Zehlendorf bereits erste Pilotprojekte. Berlin als Stadt der Frauen muss mitziehen und sollte im Bundesvergleich eine Vorreiterinnenrolle einnehmen.

Menstruation ist in unserer durch das Patriarchat geprägten Gesellschaft nach wie vor tabuisiert. Für viele Menschen und auch Menstruierende selbst ist die Blutung mit Scham, Unreinheit und sogar Ekel konnotiert. Der Alltag mit der Periode ist für Menstruierende mit vielen Herausforderungen verbunden, vom Zugang zu den Produkten, über den Austausch bis zur Entsorgung. Zudem verursacht der gesellschaftliche Druck, dass die Menstruation unsichtbar und Privatsache sein soll, viel Stress und Scham für die Betroffenen.

Als feministische Partei ist es uns ein Anliegen, dem entgegenzutreten. Ein wichtiger Aspekt dabei ist der Zugang zu kostenlosen Menstruationsprodukten für alle Berliner*innen. Das verbessert erheblich die Versorgungslage für alle Menstruierenden und trägt zur Normalisierung bei. Darum sollen sukzessive in allen öffentlichen Einrichtungen Menstruationsprodukte zur Verfügung stehen. Dies soll mit einem Stufenplan ermöglicht werden, an dessen einzelnen Stufen zeitlich parallel gearbeitet werden soll.

Die erste Stufe der Umsetzung erfolgt in den Häusern der Senatsverwaltung für Gleichstellung und für Gesundheit. Damit wird der erste Schritt gegangen, damit in den Landesverwaltungen Menstruationsprodukte zur Verfügung stehen und die Verwaltungen gehen mit gutem Beispiel voran. Durch diesen Schritt können Nutzungsverhalten evaluiert und Konzepte für weitere Häuser und Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung entwickelt werden. Menstruationsprodukte sind für Menstruierende eine große finanzielle Belastung. Dies stellt insbesondere für einkommensschwache Personen wie Leistungsbezieher*innen, wohnungslose Menschen, Schüler*innen und junge Menschen ein Problem dar. Nach Erhebungen von Plan International und WASH United ist es in der Bundesrepublik für jede vierte Frau finanziell schwierig, sich ausreichend Menstruationsprodukte zu besorgen. Gerade in der aktuellen Krisensituation, die Menschen mit geringen Einkommen besonders trifft, ist hier Unterstützung geboten.

Auch in Schulen ist die Menstruation ein von Scham und sozialer Ungerechtigkeit geprägtes Thema. Dies kann einen negativen Einfluss auf die Teilhabe an Bildung haben, da junge Menstruierende aufgrund mangelnden Zugangs zu Menstruationsprodukten und Angst vor Bloßstellung dem Unterricht oder anderen Veranstaltungen fernbleiben könnten. Eine Studie in Neuseeland hat gezeigt, dass dort rund ein Drittel aller Mädchen und Frauen schon mal dem Unterricht oder Arbeit ferngeblieben sind, da sie keinen Zugang zu Menstruationsartikeln hatten.

Indem biologisch gut abbaubar und nachhaltige Produkte zur Verfügung gestellt werden, wird auch dem Umweltschutz Rechnung getragen.

Unterstützer*innen

Carola Scheibe-Köster (KV Berlin-Neukölln), Swantje May (KV Berlin-Neukölln), Anja Fink (KV Berlin-Kreisfrei), Magdalena Michalka (KV Berlin-Kreisfrei), Miriam Siemon (KV Berlin-Neukölln), Jana Eva Brix (LV Grüne Jugend Berlin), Christoph Lorenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Sabine Hawlitzki (KV Berlin-Pankow)

V3

Antrag

**Frauen*Vollversammlung von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am 23.
September 2023**

Initiator*innen: Bahar Haghanipour (KV Berlin-Kreisfrei)

Titel: **Intersektionale Perspektive für Gewaltschutz als
Leitlinie**

Antragstext

1 An jedem Tag versucht in Deutschland ein (Ex-)Partner eine Frau umzubringen. Die
2 Istanbul Konvention zur Bekämpfung und Verhütung von Gewalt gegen Frauen und
3 häuslicher Gewalt verpflichtet uns, allen Frauen Schutz vor Gewalt zu bieten.

4 Bei der Umsetzung der Konvention ist eine Diskriminierung in der Anti-Gewalt-
5 Arbeit verboten. Alle betroffenen Frauen müssen angebotene
6 Unterstützungsleistungen annehmen können. Dies betrifft besonders Frauen mit
7 Behinderung, wohnungslose Frauen, lesbische Frauen, Trans- und Interpersonen,
8 Sexarbeitende und geflüchtete oder migrantisierte Frauen. Denn bei Frauen mit
9 intersektional verschränkten Diskriminierungsmerkmalen, also mit
10 Mehrfachdiskriminierung, können die Barrieren höher sein, das Hilfesystem in
11 Anspruch zu nehmen. Wenn beispielsweise kaum ein Frauenhaus barrierefrei
12 gestaltet ist, hat eine akut von Gewalt betroffene Frau im Rollstuhl größere
13 Schwierigkeiten, einen Schutzplatz zu finden.

14 Das Diskriminierungsverbot der Istanbul Konvention muss auch in der Gestaltung
15 der Gewaltschutzmaßnahmen in Berlin berücksichtigt werden. Denn alle Frauen in
16 Berlin haben den bestmöglichen Schutz gegen Gewalt verdient.

17 Wir Bündnis 90/Die Grünen in Berlin setzen uns ein für

- 18 ● intersektionale Schutzkonzepte und Leitbilder für das Hilfesystem
- 19 ● ein Angebot von Schulungen zur Sensibilisierung des Personals, so z.B. auch
20 die Einrichtung von zielgruppenspezifischen Anlaufstellen: Beratungs- und
21 Unterstützungsangebote für z.B. migrantisierte Frauen, queere Frauen oder
22 Sexarbeitende
- 23 ● eine angemessene Bezahlung der Arbeit der Mitarbeiter*innen im Hilfesystem,
24 angelehnt an den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes
- 25 ● einen Pool für die Finanzierung von Sprach- und/oder Kulturmittlung sowie
26 mehrsprachig erstelltes Informationsmaterial
- 27 ● dort, wo es geht, Baumaßnahmen für mehr Barrierefreiheit, um z.B. für Menschen
28 im Rollstuhl oder Gehörlose Aufenthalte und Beratungsmöglichkeiten zu
29 ermöglichen
- 30 ● den Ausbau von Angeboten zur Kinderbetreuung und zur Unterbringung von Kindern
31 in Beratungsstellen und Unterkünften
- 32 ● das Vorhaben der Bundesregierung einen bundeseinheitlichen Rechtsrahmen zu
33 erarbeiten, um den Schutz und Beratung für alle Betroffenen sicherzustellen.
34 Hierbei muss eine intersektionale Perspektive berücksichtigt werden.

Begründung

Am 11. Mai 2011 wurde „Das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt“ (kurz Gewaltschutzkonvention Istanbul-Konvention) von 41 Staaten unterschrieben. Der völkerrechtlich bindende Vertrag ist am 1.2.2018 in Deutschland als Gesetz in Kraft getreten. Den Stand der Umsetzung in Berlin hat das Berliner Forum Gewaltprävention unter der Herausgeberinnenschaft der Landeskommision Berlin gegen Gewalt im Jahr 2022 veröffentlicht.

Die Istanbul Konvention stärkt vulnerable Gruppen. Konkret wird im Erläuternden Bericht (Rn. 87) ausgeführt, welche Personengruppen im Sinne des Übereinkommens als besonders schutzbedürftig anzusehen sind, auch weil sie sich auf Grund der besonderen Umstände weniger zu wehren wissen und somit eher ins Visier von Gewalttätern geraten[JM1] : „schwängere Frauen und Mütter von Kleinkindern, behinderte Personen einschließlich Personen mit kognitiven oder geistigen Einschränkungen, in ländlichen oder abgeschiedenen Gegenden lebende Personen, Konsumenten toxischer Substanzen, Prostituierte, Angehörige einer ethnischen oder nationalen Minderheit, Migrantinnen und Migranten – insbesondere Migrantinnen/Migranten und Flüchtlinge ohne Papiere, Homosexuelle, Bisexuelle oder Transsexuelle, sowie HIV-positive Personen, Obdachlose, Kinder und alte Menschen" (S. 58 der Istanbul Konvention).

Wir Bündnis 90/ Die Grünen stehen für eine progressive Frauenpolitik. Die Intersektionale Perspektive in der Gleichstellungspolitik, die Mehrfachdiskriminierungen anerkennt und berücksichtigt, ist deshalb unser Anspruch. Der Begriff Intersektionalität kommt aus englischsprachigen feministischen Diskussionen und bezieht sich auf die Verschränkung verschiedener Diskriminierungsmerkmale. Unterschiedliche soziale Kategorien wie Geschlecht, soziale Klasse und Ethnizität, aber auch Sexualität, Nationalität, Sprache, Gewicht oder Behinderung wirken sich im Zusammenspiel auf gesellschaftliche Benachteiligungen oder Privilegierungen aus.

Diese Perspektive wollen wir vollumfänglich in der Anti-Gewalt-Arbeit umgesetzt sehen. Daher muss das Hilfesystem so ausgestattet werden, dass alle Frauen in Berlin sie bei Bedarf in Anspruch nehmen können.

Unterstützer*innen

Carola Scheibe-Köster (KV Berlin-Neukölln), Swantje May (KV Berlin-Neukölln), Anja Fink (KV Berlin-Kreisfrei), Magdalena Michalka (KV Berlin-Kreisfrei), Miriam Siemon (KV Berlin-Neukölln), Jana Eva Brix (LV Grüne Jugend Berlin), Christoph Lorenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Sabine Hawlitzki (KV Berlin-Pankow)

V4

Antrag

**Frauen*Vollversammlung von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am 23.
September 2023**

Initiator*innen: Vivian Schmitt (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

Titel: **Wechseljahre - Förderung der Lebensqualität
und Teilhabe von Frauen**

Antragstext

1 Wir wollen dem Thema Wechseljahre Sichtbarkeit geben und somit einen Beitrag zu
2 einer sozialeren und geschlechtergerechteren Gesellschaft leisten. Wir wollen,
3 dass alle in Berlin lebenden Frauen, unabhängig von ihrer Herkunft und dem
4 sozialen Status die Möglichkeit haben, ihre Lebensqualität zu erhalten bzw. zu
5 erhöhen und selbstbestimmt zu leben. Wir wollen die Teilhabe dieser Frauen
6 stärken!

7 In dieser natürlichen Phase im Leben jeder Frau - denn Wechseljahre sind keine
8 Krankheit - hat jede Frau und haben auch wir als Gesellschaft, die Möglichkeit,
9 die Basis für ein weiteres Leben mit geringeren körperlichen und psychischen
10 Beschwerden zu legen. Wir stehen für ein gesellschaftliches Klima der
11 Wertschätzung der Kompetenzen und der Lebenserfahrung von Frauen.

Unsere konkreten Forderungen:

- 13 • Neben der regelmäßigen Gesundheitsberichterstattung zu frauenspezifischen
14 Themen die Förderung unabhängiger Forschung, um z.B. Zusammenhänge
15 zwischen Lebensstil, sozialen Faktoren und Wechseljahresbeschwerden noch
16 besser zu verstehen
- 17 • Bereitstellung gut zugänglicher und umfassender Informationen in allen

- 18 relevanten Sprachen um bessere Kenntnisse über die Wechseljahre und den
19 Auswirkungen von Änderungen im Lebensstil (z.B. Ernährung, Bewegung,
20 Stressmanagement) auf die Beschwerden zu erwerben und um Kenntnisse über
21 mögliche Ansprechpartner*innen und Angebote zu erhalten
- 22 • niedrigschwellige Beratungsangebote vor Ort, auch über eine Stärkung von
23 integrierten, berufsfeldübergreifenden Versorgungsmodellen, um den Zugang
24 zu Gesundheitsversorgung gerecht und diskriminierungsfrei zu gestalten,
25 Anbindung z.B. an Kontakt- und Beratungsstellen, Gesundheitszentren,
26 Nachbarschaftszentren, Schwangerschaftsberatungsstellen o.ä.
 - 27 • Schaffung digitaler Angebote, z.B. durch Gesundheits-Apps oder Online-
28 Programmen
 - 29 • Schaffung von betrieblichen Strukturen, die Frauen in den Wechseljahren
30 unterstützen, z.B. durch das Angebot flexibler Arbeitszeiten
 - 31 • Übernahme der Kosten durch die Krankenkassen, z.B. für pflanzliche
32 Medikamente und bioidentische Hormone
 - 33 • Stärkung des Themas in allen Gesundheitsberufen, wie in der
34 Pflegeausbildung, im Medizinstudium und in der Facharztausbildung
 - 35 • Sensibilisierung für einen respektvollen Umgang mit den Bedürfnissen und
36 Bedarfen von Frauen
 - 37 • Enttabuisierung des Themas und Stärkung der Selbstkompetenzen von Frauen

Begründung

Laut WHO erleben die meisten Frauen die Wechseljahre im Alter zwischen 45 und 55 Jahren. Dies sind für Deutschland über 5 Millionen Frauen. Hinzu kommt, dass Wechseljahresbeschwerden auch bereits einige Jahre vor der letzten Blutung einsetzen können und dass Frauen ein Drittel bis die Hälfte ihres Lebens nach der letzten Periode verbringen und diese Zeit gesund und aktiv genießen möchten. Deshalb wird die Prävention vor Alterserkrankungen immer wichtiger.

Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung gibt an, dass etwa zwei Drittel aller Frauen in den Wechseljahren mit Beschwerden zu tun haben. Hinzu kommt, dass Frauen sich häufig alleine und verzweifelt fühlen und die oft mit den hormonellen Schwankungen einhergehenden Beschwerden, die ihren Alltag stark belasten, nicht zuordnen können. Manche dieser Beschwerden können so schwer sein, dass sie

Krankheitswert erhalten, so dass die Lebensqualität und die Funktionsfähigkeit im Alltag zum Teil stark beeinträchtigt werden.

Die internationalen Menopause Gesellschaften sprechen von 34 typischen Beschwerden, die oft mit den hormonellen Veränderungen dieser Lebensphase einhergehen. Hitzewallungen, Einschlaf- bzw. Durchschlafproblemen, Gelenkschmerzen zählen zu den häufigsten Beschwerden. Psychisch gibt es auch viele Veränderungen: das Risiko für depressive Zustände ist bei Frauen in den Wechseljahren 2,5-mal höher als vorher, 2 von 3 Alzheimer-Patienten sind Frauen und dieses erhöhte Risiko ist mit den Wechseljahren eng verbunden. Die typischen Wechseljahresbeschwerden führen nicht nur privat zu Einschränkungen, sondern auch beruflich: Wie Fawcett Society (London, UK) in ihrer Studie "Menopause and the Workplace" von April 2022 herausfand, kündigt etwa 10% der Frauen ihren Job, ca. 25 % lehnen eine ihnen angebotene Beförderung ab, einige schaffen es nicht bis zum Renteneintrittsalter.

Beschwerden könnten u.a. durch eine angemessene medizinische Betreuung gelindert werden. Allerdings werden die unterschiedlichen Phasen der Wechseljahre im Medizinstudium kaum thematisiert. Wechseljahresbeschwerden scheinen in vielen Fällen in Form von sichtbaren Symptomen kodiert zu werden und sind daher selten sichtbar. So erhalten Frauen z.B. Schmerzmittel, Antidepressiva oder eine Physiotherapie statt Information bzw. eine ganzheitliche Behandlung der Wechseljahresbeschwerden und deren Ursachen.

Eine suboptimale medizinische Behandlung und die daraus resultierende verminderte Leistungsfähigkeit der Frauen verursachen sehr hohe Kosten für die Gesellschaft. Laut Deutschlandfunk liegen die Kosten auf globaler Ebene in Milliardenhöhe: "Weltweit werden 2025 schätzungsweise eine Milliarde Frauen in der Menopause sein. Und ihre Behandlung wird die Gesundheitssysteme etwa 600 Milliarden Dollar pro Jahr kosten. Dazu kommt noch die verminderte Leistungsfähigkeit. Die Kosten dafür werden auf 150 Milliarden Dollar pro Jahr geschätzt."

Unterstützer*innen

Anja Fink (KV Berlin-Kreisfrei), Sonja Bienemann (KV Berlin-Pankow), Lydia Krüger (KV Berlin-Pankow), Sabine Hawlitzki (KV Berlin-Pankow), Desiree Leinenbach (KV Berlin-Kreisfrei), Christoph Lorenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Catherina Pieroth-Manelli (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Sandra Stahlschmidt (KV Berlin-Treptow/Köpenick)

V5

Antrag

**Frauen*Vollversammlung von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am 23.
September 2023**

Initiator*innen: Sprecher*innen-Team der LAG Feminismus

Titel: **Das Patriarchat überwinden - solidarisch mit
allen FLINTA (= Frauen, Lesben, inter,
nichtbinäre, trans und agender Personen)
Personen!**

Antragstext

1 bell hooks prägte den Satz "Feminismus ist nicht nur für Frauen. Es ist eine
2 soziale Bewegung, die Freiheit für alle schaffen will." Die Befreiung von den
3 Auswirkungen des Patriarchats ist für Frauen nur gemeinsam mit INTA Personen
4 möglich und betrifft alle FLINTA Personen.

5 Die Frauenvollversammlung kann sich formal nicht selbst zur FLINTA-
6 Vollversammlung umwandeln. Diese Entscheidung wird in der Landessatzung
7 geregelt.

8 Deshalb bitten wir die Frauen-Vollversammlung ein Votum abzugeben, mit dem
9 Auftrag an den Landesvorstand einen Satzungsänderungsantrag für die
10 Landessatzung vorzubereiten und einzubringen, welcher beinhaltet:

11 Die Frauenvollversammlung und Frauenkonferenz werden zur FLINTA-Vollversammlung
12 und FLINTA-Konferenz umbenannt.

13 Alle FLINTA Personen sind explizit eingeladen, dürfen Anträge einbringen,
14 Redebeiträge halten und abstimmen.

Begründung

kurz:

Das Frauenstatut und die Frauenkonferenz waren Meilensteine im Kampf gegen patriarchale Unterdrückung in unserer Gesellschaft und unserer Partei.

Sie greifen aber zu kurz, da sie nicht alle FLINTA Personen einschließen und damit die von patriarchalen Denkmustern geschaffenen Hierarchien fortschreiben, statt sie zu hinterfragen und zu überwinden. Das Patriarchat unterdrückt alle Personen, die nicht-männlich sind und/oder die das Narrativ der traditionellen Familie und stereotyper, binärer Geschlechterrollen von Mann und Frau infrage stellen.

INTA Personen stellen ebendieses System durch ihre bloße Existenz infrage. Sie sind deshalb Gewalt ausgesetzt und werden als Zielscheibe konservativer Scheindebatten genutzt, weil sie als Gefährdung des patriarchalen Status Quo gesehen werden.

Ohne den Erfolg des Frauenstatuts oder der Frauenkonferenz zu schmälern, liegt es in unserer Verantwortung als progressive Partei unsere Strukturen zu reflektieren und weiterzuentwickeln.

Für einen solidarischen feministischen Kampf gemeinsam mit unseren inter, nichtbinären, trans und agender Geschwistern!

lang:

Feminismus sollte uns alle repräsentieren.

Das Frauenstatut wurde als revolutionärer, feministischer Erfolg gefeiert. Es sollte gegen die Ungleichbehandlung und ungerechte Verteilung von Verantwortung und Ressourcen im Patriarchat wirken. Infolgedessen wurde die Frauenvollversammlung als Debatten- und Entscheidungsort für marginalisierte Personen des Patriarchats geschaffen. Die Vollversammlung sollte dafür sorgen, dass Betroffene mehr Gehör in der Partei erhalten.

Aber wie so häufig bei feministischen Erfolgen von vor über 30 Jahren, wurden diese nur für eine Teilgruppe der Betroffenen von patriarchaler Unterdrückung erkämpft. Denn man hat einen Debattenort geschaffen, in dem nur Frauen willkommen sind. Bis heute werden nur Frauen eingeladen, obwohl patriarchale Gewalt und Unterdrückung, inter, nichtbinäre, trans und agender Personen genauso betrifft.

Von einer Marginalisierung betroffen zu sein, bedeutet eben nicht, dass man selbst niemanden unterdrücken kann. Im Gegenteil: Wenn cis Frauen ihr Privileg nutzen, um INTA Personen auszuschließen oder zu unterdrücken, werden sie dafür gesellschaftlich belohnt. Denn sie halten somit das System aufrecht, das sie selbst unterdrückt: Die traditionelle Familie, stereotype Rollenbilder und das binäre Geschlechtersystem.

Das Patriarchat braucht die Erzählung der “traditionellen Frau”.

Das Patriarchat basiert auf der Erzählung, dass es naturgegeben sei, dass Frauen sorgend, mütterlich und aufopfernd seien. Daraus wird das Rollenbild der Frau in der “traditionellen Familie” hergestellt, welche alle Aufgaben im Zuhause übernimmt. Im Gegensatz dazu wird der Mann als emotionslos, kämpferisch und rational stereotypisiert. Ihm wird die Lohnarbeit außerhalb des Zuhauses wie naturgegeben zugeschrieben.

Beide arbeiteten Vollzeit. Aber nur Männer wurden bezahlt. Denn nur die Arbeit außerhalb des Zuhauses wurde überhaupt als Arbeit, die einen Geldwert hat, angesehen. Jeglicher Arbeitskampf verbesserte somit für eine lange Zeit nur Arbeitsbedingungen für Männer.

Als Frauen irgendwann das Recht erkämpften, dieselbe Lohnarbeit wie Männer ausüben zu dürfen, war dies keine feministische Fortschrittspolitik, sondern durch Arbeitskräftemangel bedingt. Hinter dem vermeintlichen Gewinn, derselben Lohnarbeit wie Männer nachgehen zu dürfen, war ausschließlich Mehrarbeit für Frauen versteckt. Die Erzählung der natürlichen Rolle der Frau in der traditionellen Familie führte dazu, dass neben einem Vollzeit-Job außerhalb des Zuhause, zusätzlich alle Arbeit im Zuhause nur von Frauen übernommen werden musste. So habe es die Natur vorgegeben.

Bis heute wird diese Erzählung genutzt, um unbezahlte Arbeit von Frauen auszubeuten. Unser Wirtschaftssystem funktioniert ausschließlich, weil “naturgegeben weibliche” Arbeit nicht entlohnt wird.

Das Patriarchat ist notwendig, um das kapitalistische Wirtschaftssystem, das uns alle ausbeutet, aufrechtzuerhalten.

Nun könnte man schlussfolgern, dass die Hauptbegünstigten dieser systematischen Unterdrückung, alle cis Männer sind. Denn auf den ersten Blick schafft dieses System allen cis Männern einen gewissen Vorteil. Das traditionelle Männerbild gibt ihnen das vermeintlich naturgegebene Recht, sich nie um die Arbeit im Zuhause kümmern zu müssen.

Die Überausbeutung von Frauen stellt somit sicher, dass cis Männer weniger Ausbeutung erleben. Aber der Hauptteil von cis Männern wird dennoch weiterhin ausgebeutet. Auf dem Arbeitsmarkt müssen auch cis Männer ihre Arbeitskraft verkaufen, um zu überleben. Dabei erhalten auch cis Männer niemals den wirklichen Profit ihrer Arbeit, sondern ausschließlich einen kleinen Anteil dessen. Den Hauptteil des Profits klagt der Arbeitgeber/Unternehmer, der Arbeitnehmer*innen ausbeutet, um sein Kapital zu sichern.

Die Überausbeutung von Frauen dient dazu, cis Männer zu aktiven Unterstützern eines Systems zu machen, das sie selbst ausbeutet. Weil cis Männer wissen, dass es eine noch schlimmere Ausbeutung als die eigene gibt, tun sie alles, um diese Überausbeutung, nicht erleben zu müssen. Um den eigenen, besseren Status zu sichern, üben sie selbst patriarchale Gewalt aus und unterdrücken FLINTA Personen aktiv.

Arbeitskraft muss reproduziert werden.

In einem kapitalistischen Wirtschaftssystem muss Profit immer gesteigert werden. Infolgedessen braucht es einen unaufhörlichen Strom von Arbeiter*innen, die sich bereitwillig ausbeuten lassen. Deshalb ist es nicht überraschend, dass konservative Kräfte auch die körperliche Selbstbestimmung von FLINTA Personen begrenzen wollen. Egal ob es um Schwangerschaftsabbrüche oder geschlechtsbegründende Gesundheitsversorgung geht.

Um eine Argumentation gegen diese Gesundheitsversorgung aufzubauen, werden immer die gleichen Narrative genutzt: Biologische Merkmale und das sozial konstruierte Geschlechterrollen werden ideologisch miteinander verknüpft.

Dabei ist die Fähigkeit Kinder zu gebären essenziell für die Ausbeutung aller Menschen im System. Ohne die Reproduktion der Arbeitskraft könnte durch diese nämlich kein kontinuierlich steigender Profit generiert werden.

Darüber hinaus, wird alle Arbeit, die abseits von Lohnarbeit notwendig ist, um die Gesellschaft am Laufen zu halten und grundlegende Bedürfnisse zu befriedigen, als "Liebesdienst" von Frauen oder weiblich gelesenen Personen verortet. Alle Arbeit, die sich in den Zwischenräumen zwischen Lohnarbeit und Zuhause, Schule, Krankenhaus, Kindergarten, Pflegeheim etc. abspielt, ist notwendig, um die Gesellschaft aufrechtzuerhalten und Arbeitskraft zu reproduzieren. Die Selbstverständlichkeit diese Arbeit unentlohnt oder zu prekären Arbeitsbedingungen auszuführen, ist direkt verwoben mit dem "traditionellen" Bild von Weiblichkeit. Das Verständnis davon, was Frau-sein ist, mit biologischen Eigenschaften zu besetzen, stellt eine "angeborene", "natürliche" Verantwortlichkeit für ebendiese Aufgaben her.

Abseits von konkreten wissenschaftlichen Widersprüchen der Verknüpfung von Biologie und sozial konstruierten Geschlecht, ist zu überlegen, wer davon profitiert auf dieses Narrativ zu bestehen.

Eine gespaltene Gesellschaft lässt sich leichter ausbeuten.

Die Logik von Ausbeutung und Überausbeutung findet sich in jeder systematischen Form der Unterdrückung wieder. So werden rassistische Erzählungen über vermeintlich naturgegebene Merkmale genutzt, um die Schlechterbehandlung von migrantisierten Menschen und Personen of color, zu begründen. Weiße Menschen werden durch diese Überausbeutung bevorteilt und haben einen Ansporn, Rassismus als System aufrechtzuerhalten.

Es ist immer die gleiche Taktik: Die Gesellschaft wird gespalten in zwei Gruppen auf der Basis eines zufälligen Merkmals. Diesem Merkmal, werden Eigenschaften zugeschrieben, die als von der Natur gegeben definiert werden. Diese Naturalisierung führt dazu, dass diese Eigenschaften in Bezug auf beide Gruppen unveränderbar und schon immer dagewesen erscheinen. Durch die Hierarchisierung der beiden Gruppen wird eine Gruppe exponentiell mehr ausgebeutet. Den Eigenschaften (z.B. sorgend sein, Emotionen zeigen) der benachteiligten Gruppe, wird eine negative Bedeutung zugeschrieben. Das stärkt die gesellschaftliche Akzeptanz bezüglich dieser Hierarchisierung und Überausbeutung. Die privilegierte Gruppe hat somit ein Interesse, sich so viel wie möglich von "den Anderen" und deren Eigenschaften abzugrenzen. So dienen die

Rollenbilder auf der Basis naturalisierter Eigenschaften zur Aufrechterhaltung der Überausbeutung.

Die Existenz von trans, inter, nichtbinärer und agender Personen gefährdet das Patriarchat.

Alles, was die stereotypen Rollenbilder von Mann und Frau, die "traditionelle Familie" und die klare Trennung zwischen zwei binären Geschlechtern, infrage stellt, ist eine Gefahr für die Aufrechterhaltung des Patriarchats. In der Folge haben alle, die vom Patriarchat und dem kapitalistischen Wirtschaftssystem profitieren, ein Interesse daran, ebendiese Erzählungen von Geschlecht und Familie zu stärken.

Alle Menschen, die also weder in die Kategorie Mann und Frau passen oder infrage stellen, dass die Zugehörigkeit zu diesen Kategorien unveränderbar und naturgegeben ist, stellen eine Gefahr für das Patriarchat dar. Damit das Patriarchat aufrechterhalten werden kann, müssen INTA Personen unterdrückt werden, weil sie durch ihre bloße Existenz beweisen, dass das Patriarchat nicht naturgegeben oder unveränderbar ist.

Deshalb wird mit Gewalt versucht, die Existenz von INTA Personen zu leugnen. Sie erleben überproportionale körperliche Gewalt, Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt und haben somit ein hohes Risiko für Armut. Dabei wird die Gewalt, die es braucht, um in die konstruierten Rollenbilder von Mann und Frau hineinzupassen, auf INTA Personen übertragen.

Dabei können auch binargeschlechtliche trans Personen niemals dieselben Privilegien wie cis Personen wahrnehmen. Trans Männer und trans Frauen sind Diskriminierung und Gewalt ausgesetzt und können häufig ausschließlich durch andere Privilegien wie Reichtum einem Teil dieser Gewalt entkommen.

An der Erzählung festzuhalten, das Patriarchat unterdrücke ausschließlich Frauen, zementiert somit ausschließlich die Unterdrückung von Frauen und legitimiert die Überausbeutung von und Gewalt gegenüber INTA Personen.

Die Befreiung vom Patriarchat ist für Frauen nur gemeinsam mit inter, trans, nichtbinären und agender Personen möglich.

Wir müssen unsere Strukturen, die gegen die Benachteiligung und Gewalt des Patriarchats wirken sollen, für alle FLINTA Personen öffnen. Egal ob Frauenstatut oder Frauenvollversammlung. Die Grüne Partei muss mit den Mythen des Patriarchats brechen und für eine gemeinsame, solidarische Überwindung des Patriarchats kämpfen!

V6

Antrag

**Frauen*Vollversammlung von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am 23.
September 2023**

Initiator*innen: Katja Zimmermann (KV Berlin-Mitte)

Titel: **Ein zentrales Mahnmal "Gegen sexualisierte
Gewalt" in Berlin**

Antragstext

1 Wir, als Bündnis 90/ Die Grünen, sprechen uns für ein zentrales Mahnmal „Gegen
2 sexualisierte Gewalt“ in Berlin aus. Die Gestaltung des Mahnmals soll in einem
3 offenen, partizipativen, künstlerischen Wettbewerb entschieden werden und die
4 verschiedenen Formen und Ebenen von sexualisierter Gewalt berücksichtigen.

5 Mit dem Mahnmal soll ein Ort des Gedenkens und der Anerkennung des Leidens von
6 Betroffenen sexualisierter Gewalt, sowie ein Raum der Auseinandersetzung mit und
7 Aufklärung über die Strukturen und Ursachen von sexualisierter Gewalt geschaffen
8 werden. Für diesen Bildungsort können Veranstaltungskonzepte von Anfang an
9 mitgedacht werden.

10 Darüber hinaus wollen wir die Bezirke darin bestärken, sich weiterhin für das
11 Thema sexualisierte Gewalt einzusetzen.

12 Mit diesem Antrag bekennen wir uns, als Bündnis 90/Die Grünen, zu der
13 Notwendigkeit, das Thema sexualisierte Gewalt mit Erinnerungspolitik zu
14 verknüpfen.

Begründung

Mit der im Jahr 2000 verabschiedete UN-Resolution 1325 wurde die Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt in humanitären Notsituationen und Konflikten sowie die Beteiligung von Frauen in internationalen Friedens- und Sicherheitsprozessen zu einem integralen Bestandteil des Mandats des UN-Sicherheitsrats. Die Resolution und ihre zahlreichen Nachfolgeresolutionen haben zum Ziel, Frauen in Konflikten besser vor sexueller Gewalt zu schützen.

23 Jahre später führen uns die jüngsten Ereignisse in der Ukraine und Iran schmerzhaft vor Augen, wie sexualisierte Gewalt weiterhin gezielt als Waffe eingesetzt wird.

Die Parlamentarische Versammlung des Europarates hat im Januar 2023 die Resolution 2476 verabschiedet, in der die Mitgliedstaaten und die nationalen Parlamente aufgefordert werden, sich für die Verhinderung und Prävention von konfliktbezogener sexueller Gewalt in Friedenszeiten und in Konfliktsituationen einzusetzen, und gleichzeitig bekräftigt, dass konfliktbezogene sexuelle Gewalt ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und ein Kriegsverbrechen ist. Denn erst seit den Massenvergewaltigungen in Bosnien-Herzegowina in den 1990er Jahren wurde sexualisierte Gewalt in bewaffneten Konflikten überhaupt verstärkt in Öffentlichkeit und Politik als solche anerkannt.

Sexualisierte Gewalt vernichtet Menschen, zerstört Gemeinschaften und hindert den Wiederaufbau nach Konflikten. Sexualisierte Gewalt ist bereits in Friedenszeiten Alltagserfahrung für viele Frauen und Mädchen. Auch vor Ausbruch eines Krieges kann sexualisierte Gewalt Bestandteil von Pogromen oder anderen Formen der Unterdrückung sein. In jedem Fall ist sie immer Teil eines übergeordneten Systems der Diskriminierung und Unterdrückung.

Sexuelle Gewalt hat viele Ebenen. Von besagter Einsetzung als Waffe in kriegerischen Auseinandersetzungen, über sexuelle Gewalt in Beziehungen, der Familie, im öffentlichen Raum und in Institutionen, wie Arbeitsplatz und Schulen. Sie wird bis heute gezielt benutzt, um Prozesse der Macht fortzusetzen und FLINTA*-Personen ohnmächtig zu machen. Sie resultiert aus einem System, welches aufgebaut wurde, um FLINTA*-Personen zu unterdrücken, ihre Kraft auszunutzen und sie dabei gleichzeitig in Schach zu halten.

Bis heute werden viele dieser Verbrechen verschwiegen, nicht ausreichend aufgearbeitet oder einfach weggeschaut. Als Bündnis90/Die Grünen möchten wir ein wichtiges und dringendes Zeichen setzen und diesem wichtigen Thema mehr Raum im öffentlichen Diskurs unserer Hauptstadt geben. Dafür sehen wir in dem Mahnmal einen bedeutenden/bedeutsamen Schritt.